

Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	31. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2012/031)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 20.11.2012
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 20:29 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Büter, Felix

CDU

Benölken, Franz
Bohmert, Heinrich
Ellerkamp, Martin
Enning-Harmann, Rudolf
Enste, Margarete
Gerwing, Hermann - Josef
Große-Berg, Franz-Josef
Kreuziger, Petra
Lefert, Heinrich
Levi, Birgit
Mensing, Peter
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Schmeing, Aloys
Terbrack, Karl Heinz
Vorkamp, Thomas
Wantia, Beatrix
Witte, Josef
Wittenbrink, Thomas
Woltering, Maria

bis TOP 2.1 der nicht-öffentlichen Sitzung

SPD

Dönnebrink, Andreas
Fischer, Mathilde
Gerick, Alfons
Haveresch, Reinhard

Heitmann, Helene
Herickhoff, Hermann Josef
Lambers, Klaus

UWG

Heijnk, Annegret
Homann, Dieter
Lange-Röttger, Annette
Ruwe, Felix
Schulte, Renate

FDP

Gottheil, Christiane
Horst, Reinhard
Klein, Wolfgang

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

bis TOP 7 der öffentlichen Sitzung

WGW

Frankemölle, Norbert
Haveloh, Hermann Josef

PARTEILOS

Müller, Horst

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Beckmann, Georg
Kühlkamp, Hermann

Schriftführer(in)

Leuker, Werner

es fehlen entschuldigt:

CDU

Terhalle, Josef

UWG

Kersting, Hubert

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 30. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 25.10.2012
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Abfallwirtschaft;
 - Betriebsabrechnungsbogen 2011
 - Gebührenkalkulation 2013
 - Neufassung der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Ahaus
- 4 Abwasserbeseitigung
 - Betriebsabrechnungsbogen 2011
 - Gebührenkalkulation 2013
 - Änderung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Ahaus vom 18.12.2008
 - Änderung der Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kanalanschlussbeiträgen in der Stadt Ahaus vom 18.12.2008
- 5 Straßenreinigung
 - Betriebsabrechnungsbogen 2011
 - Gebührenkalkulation 2013
 - Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Ahaus vom 24.11.2006
- 6 Gewässerunterhaltung
 - Betriebsabrechnungsbogen 2011
 - Gebührenkalkulation 2013
 - Änderung der Satzung der Stadt Ahaus über die Erhebung von Gebühren für den Unterhaltungsaufwand der sonstigen Gewässer vom 23.12.1981
- 7 Energiebericht 2011

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 30. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 25.10.2012

Ratsfrau Lange-Röttger (UWG-Fraktion) regt an, unter dem Tagesordnungspunkt 4.1 der öffentlichen Sitzung ihren Vorschlag, die zukünftige Verkehrsführung der anliegenden Straßen am ehemaligen Hallenbadgelände im Rahmen der Neuplanungen zu überdenken und das Ergebnis im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen zu erläutern, ergänzend aufzunehmen. Hiermit erklärt sich der Rat einverstanden. Die Niederschrift der 30. öffentlichen Sitzung des Rates vom 25.10.2012 wird in der ergänzten Fassung anerkannt.

2 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

3 Abfallwirtschaft;

- Betriebsabrechnungsbogen 2011

- Gebührenkalkulation 2013

- Neufassung der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Ahaus

V/2012/0572

Beigeordneter Beckmann erläutert die Veränderungen der Abfallgebühren für das Jahr 2013. Mit dem am 1. Juni 2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetz sei aufgrund der vielfältigen Änderungen eine Neufassung der Abfallgebührensatzung unumgänglich gewesen. Hierbei habe sich die Verwaltung eng an die Mustersatzung des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes angelehnt.

Beigeordneter Beckmann erläutert im Weiteren die Veränderungen bei den unterschiedlichen Abfallfraktionen. Auffällig sei insbesondere ein deutlicher Rückgang bei den Restmüllmengen. Die spürbare Gebührenerhöhung des Kreises Borken habe man trotz einer Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 195.000 Euro in die Kalkulation einfließen lassen müssen. Daher seien Gebührenerhöhungen, insbesondere beim Bioabfall, insgesamt unausweichlich. Zusätzliche Kosten könnten im Jahr 2013 zudem auch durch eine europaweite Neuausschreibung der Abfallentsorgung für den Bereich der Stadt Ahaus entstehen.

Dennoch zähle die Stadt Ahaus im Kreisvergleich zu den Kommunen mit den günstigsten Abfallgebührensätzen.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) erkundigt sich nach den Gründen für die in der Kostenkalkulation 2013 stark ansteigenden Kosten im Budget 14.01 (Umweltschutz und Altlasten). Die Kostensteigerungen ergeben sich insbesondere durch notwendige wasser- und bodenrechtliche Untersuchungen der Altlastenverdachtsflächen und der städtischen Altdeponien.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Haveloh (WG-W-Fraktion) hinsichtlich der vermehrten Grünabfallentsorgung von Privatgrundstücken in städtischen Anlagen und Liegenschaften erläutert Beigeordneter Beckmann, dass diese Entwicklung sehr bedauerlich und ärgerlich sei. Es sei jedoch sehr schwierig, die Verursacher nachweisbar zu ermitteln. In aller Regel müsse der Bauhof deshalb den Abfall entsorgen. Ratsherr Große-Berg (CDU) appelliert an die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger, beobachtete widerrechtliche Grünabfallentsorgungen anzuzeigen, um dieser Entwicklung wirkungsvoll Einhalt zu gebieten. Beigeordneter Beckmann erklärt weiter, dass der Kreis Borken gemeinsam mit den Kommunen gegenwärtig an einer einheitlichen Lösung für die Altkleiderentsorgung arbeite, es gegenwärtig aber noch kein abschließendes Ergebnis gebe.

Der Rat der Stadt Ahaus genehmigt den Betriebsabrechnungsbogen 2011, billigt die Gebührenkalkulation für die öffentliche Abfallentsorgung für das Haushaltsjahr 2013 und beschließt die

Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Ahaus vom

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.12.2011 (GV. NRW, S. 685), des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I 2012, S. 212 ff.), des § 7 der Gewerbeabfall-Verordnung (GewAbfV) vom 19.06.2002 (BGBl. I 2002, S. 1938 ff., zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 23 des Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24.02.2012, BGBl. I 2012, S. 212), der §§ 8 und 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG NW) vom 21. Juni 1988 (GV. NRW, S. 250), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17.12.2009 (GV. NRW, S. 863, 975), der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV. NRW, 1969 S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2011

(GV. NRW. S. 687) sowie des § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I, S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2353) hat der Rat der Stadt Ahaus in seiner Sitzung vom 20.11.2012 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Aufgaben und Ziele

- (1) Die Stadt Ahaus betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung. Diese öffentliche Einrichtung wird als „kommunale Abfallentsorgungseinrichtung“ bezeichnet und bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (2) Die Stadt Ahaus erfüllt insbesondere folgende abfallwirtschaftliche Aufgaben, die ihr gesetzlich zugewiesen sind:
 1. Einsammeln, Annehmen und Befördern von Abfällen der Anlage 1, die im Stadtgebiet anfallen. Anlage 1 ist Bestandteil dieser Satzung.
 2. Information und Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten.
 3. Aufstellung, Unterhaltung und Entleerung von Straßenpapierkörben, soweit dies nach den örtlichen Gegebenheiten erforderlich ist.
 4. Einsammlung von verbotswidrigen Abfallablagerungen von den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken im Stadtgebiet.
- (3) Die Sortierung, Verwertung, Behandlung, Lagerung, Verbrennung und Deponierung der Abfälle wird vom Kreis Borken nach einer von ihm hierfür erlassenen Abfallsatzung wahrgenommen.
- (4) Die Stadt Ahaus kann sich zur Durchführung der Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 Dritter bedienen bzw. abfallrechtliche Aufgaben nach § 5 Absatz 6 Satz 4 und Absatz 7 LAbfG NRW dem Kreis Borken übertragen.
- (5) Die Stadt Ahaus wirkt darauf hin, dass bei Veranstaltungen, die auf Grundstücken oder in öffentlichen Einrichtungen der Stadt durchgeführt werden die Maßgaben des § 2 LAbfG NRW beachtet und insbesondere vorrangig Gebrauchsgüter verwendet werden, die sich durch Wiederverwendbarkeit oder Verwertbarkeit auszeichnen.

§ 2 Abfallentsorgungsleistungen der Stadt Ahaus, des Kreises Borken und sonstiger Institutionen

- (1) Die Entsorgung von Abfällen durch die Stadt Ahaus umfasst das Einsammeln und Befördern der Abfälle zu den Abfallentsorgungsanlagen oder Müllumschlagstationen des Kreises, wo sie sortiert, verwertet oder umweltverträglich beseitigt werden. Wiederverwertbare Abfälle werden getrennt eingesammelt und befördert, damit sie einer Verwertung zugeführt werden können.
- (2) Im Einzelnen erbringt die Stadt Ahaus gegenüber den Benutzern der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung folgende Abfallentsorgungsleistungen:
 1. Gestellung der Abfallbehälter (Restmüll-Container, Restmüll-, Bioabfall-, Altpapiergefäße) und Restmüllsäcke.
 2. Einsammlung und Transport von Restmüll als Abfall zur Beseitigung.
 3. Einsammlung und Transport von Bioabfällen als Abfall zur Verwertung. Unter Bioabfällen sind hierbei alle im Abfall enthaltenen biologisch abbaubaren Abfallanteile zu verstehen.

4. Einsammlung und Transport von Altpapier (Papier, Pappe, Karton - PPK) als Abfall zur Verwertung, soweit es sich nicht um Einweg-Verkaufsverpackungen aus PPK handelt.
5. Einsammlung und Transport von sperrigen Abfällen (Sperrmüll) mit Ausnahme von Elektro- und Elektronik-Altgeräten.
6. Einsammlung und Transport von sperrigen Grün- und Gartenabfällen.
7. Schredderaktionen für sperrige Grün- und Gartenabfälle.
8. Information und Beratung über die Vermeidung, Sortierung, Getrennthaltung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten.
9. Aufstellen, Unterhalten und Entleeren von Straßenpapierkörben.
10. Einsammlung und Transport von verbotswidrigen Abfallablagerungen von den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken im Stadtgebiet.
11. Betrieb von Wertstoff- und Sperrmüllannahmestellen.

Das Einsammeln und Befördern der Abfälle erfolgt durch eine grundstücksbezogene Abfallentsorgung mit Abfallgefäßen (Restmüll-Container, Restmüll-, Biomüll-, Altpapiergefäße und Restmüllsäcke), durch grundstücksbezogene Sammlungen im Holsystem (Sperrmüll und sperrige Grün- und Gartenabfälle) sowie durch eine getrennte Annahme von Abfällen außerhalb der regelmäßigen grundstücksbezogenen Abfallentsorgung im Bringsystem (Abgabemöglichkeit von Sperrmüll, Altholz und sperrigen Grün- und Gartenabfällen an den Wertstoff- und Sperrmüllannahmestellen der Stadt). Die näheren Einzelheiten sind in den §§ 9 - 16 geregelt und werden über den Abfallkalender bekannt gegeben.

- (3) Das Einsammeln und Befördern von gebrauchten Einweg-Verkaufsverpackungen aus Glas, Papier/Pappe/Karton, Kunststoffen, Metallen und Verbundstoffen erfolgt im Rahmen eines Dualen Systems nach § 6 Verpackungsverordnung in der Form, dass Einweg-Verkaufsverpackungen aus Altglas über dreifarbgetrennte Altglasdepotcontainer im Bringsystem, Einweg-Verkaufsverpackungen aus Papier/Pappe/Karton über das blaue 240l-Altpapiergefäß im Holsystem und Einweg-Verkaufsverpackungen aus Kunststoffen, Metallen und Verbundstoffen über die gelben 240l-Abfallbehälter im Holsystem erfasst werden. Verkaufsverpackungen, die mit Resten oder Anhaftungen schadstoffhaltiger Stoffe behaftet oder verbunden sind, gehören zu den schadstoffhaltigen Abfällen nach Absatz 4.
- (4) Das Sammeln und Befördern von gefährlichen oder schadstoffhaltigen Abfällen erfolgt nach § 5 der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Borken im Bringsystem über das Schadstoffmobil des Kreises bzw. der von ihr beauftragten Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW).
- (5) Das Sammeln und Befördern von Elektro- und Elektronik-Altgeräten erfolgt nach § 9 Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) in Verbindung mit § 11 der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Borken. Der Kreis hält hierzu entsprechende Sammelstellen im Stadtgebiet vor. Diese sind auf den Wertstoffhöfen der Stadt Ahaus räumlich eingerichtet. Elektro- und Elektronik-Altgeräte sind nach den Gruppen 1. Haushaltsgroßgeräte, automatische Ausgabegeräte, 2. Kühlgeräte, 3. Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, 4. Gasentladungslampen und 5. Haushaltskleingeräte, Beleuchtungskörper, elektrische und elektronische Werkzeuge, Spielzeuge, Sport- und Freizeitgeräte, Medizinprodukte, Überwachungs- und Kontrollinstrumente, getrennt zu halten und den Sammelstellen entsprechend zu übergeben bzw. ordnungsgemäß in die dafür vorgesehenen Container zu legen.
- (6) Das Sammeln und Befördern von Altkleidern, Alttextilien und Altschuhe erfolgt nach § 10 der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Borken im Bringsystem über die Altkleiderdepotcontainer des Kreises bzw. der von ihr beauftragten Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW). Die Altkleiderdepotcontainer stehen auf den Wertstoffhö-

fen der Stadt Ahaus zur Verfügung. Der Kreis Borken kann weitere Sammelstellen einrichten.

§ 3

Von der Stadt Ahaus ausgeschlossene Abfälle

- (1) Vom Einsammeln und Befördern durch die Stadt Ahaus sind gemäß § 20 Abs. 2 KrWG mit Zustimmung der zuständigen Behörde ausgeschlossen:
 1. Folgende Abfälle, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG einer Rücknahmepflicht unterliegen, bei denen entsprechende Rücknahmevorrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen und bei denen die Stadt Ahaus nicht durch Erfassung als ihr übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt (§ 20 Abs. 2 Satz 1 KrWG):
 - a) Transportverpackungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 4 VerpackV, zu deren Rücknahme die Hersteller und Vertreiber nach § 4 Abs. 1 VerpackV verpflichtet sind,
 - b) Umverpackungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3 VerpackV, zu deren Rücknahme die Vertreiber nach § 5 Abs. 1 VerpackV verpflichtet sind,
 - c) Gebrauchte Verkaufsverpackungen aus Glas, Papier/Pappe/Karton, Kunststoff, Metallen und Verbundstoffen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 2 VerpackV, für die sich die Hersteller oder Vertreiber im Rahmen des Dualen Systems nach § 6 Abs. 3 VerpackV an einem System beteiligen, das die Rücknahme, Verwertung und Entsorgung der Verkaufsverpackungen sichert.

Vorgenannte Abfälle sind von den übrigen Abfällen getrennt zu halten und der dafür vorgesehenen Einrichtung nach § 2 Abs. 3 ff. zur Verwertung zu übergeben bzw. zur Verfügung zu stellen. Weitere Informationen hierzu bietet der Abfallkalender der Stadt Ahaus.
 2. Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus Industrie- und Gewerbebetrieben, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit entsprechend dieser Satzung nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit dem Abfallwirtschaftsplan des Landes durch einen anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist (§ 20 Abs. 2 Satz 2 KrWG). Dies sind hinsichtlich Art und Beschaffenheit die Abfälle, die nicht von der Anlage 1 erfasst sind. Hinsichtlich der Menge sind die Grenzen in § 9 Absatz 2 dieser Satzung gesetzt. Die Entscheidung hierüber trifft die Stadt im Rahmen der abfallrechtlichen Vorschriften.
- (2) Die Stadt Ahaus kann den Ausschluss von der Entsorgung mit Zustimmung der zuständigen Behörde widerrufen, wenn die Voraussetzungen für den Ausschluss nicht mehr vorliegen (§ 20 Abs. 2 Satz 3 KrWG).

§ 4

Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt Ahaus liegenden Grundstücks ist im Rahmen der §§ 2 und 3 berechtigt, von der Stadt Ahaus den Anschluss seines Grundstückes an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung zu verlangen (Anschlussrecht).
- (2) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet der Stadt Ahaus haben im Rahmen der §§ 2 und 3 dieser Satzung das Recht, die auf ihren Grundstücken oder sonst bei ihnen anfallenden Abfälle der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungsrecht).

§ 5 Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt Ahaus liegenden Grundstückes ist verpflichtet, sein Grundstück an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung anzuschließen, wenn das Grundstück von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt wird (Anschlusszwang). Der Eigentümer eines Grundstückes als Anschlusspflichtiger und jeder andere Abfallbesitzer (z.B. Mieter, Pächter) auf einem an die kommunale Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstückes ist verpflichtet, im Rahmen der §§ 2 und 3 die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung aus privaten Haushaltungen der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungszwang). Abfälle aus privaten Haushaltungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 1 KrWG i.V.m. § 2 Nr. 2 GewAbfV Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallstellen wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.
- (2) Eigentümer von Grundstücken und Abfallerzeuger/Abfallbesitzer auf Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z.B. gewerblich/ industriell genutzt werden, haben gleichermaßen die Verpflichtungen nach Abs. 1, soweit auf diesen Grundstücken Abfälle zur Beseitigung im Sinne des § 3 Abs.1 Satz 2, 2. Halbsatz KrWG anfallen. Sie haben nach § 7 Satz 4 der Gewerbeabfall-Verordnung für gewerbliche Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Nr. 1 GewAbfV eine Pflicht-Restmülltonne nach den Erfordernissen einer geordneten Abfallentsorgung zu benutzen. Die Zuteilung des Gefäßvolumens für die Pflicht-Restmülltonne erfolgt auf der Grundlage der Maßgaben in § 10 Abs. 3 dieser Satzung. Gewerbliche Siedlungsabfälle sind nach § 2 Nr. 1 GewAbfV Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Abfallverzeichnis-Verordnung aufgeführt sind, insbesondere gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind sowie Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen.
- (3) Der Anschluss- und Benutzungszwang nach Abs. 1 und Abs. 2 besteht auch für Grundstücke, die anderweitig z.B. gewerblich/industriell und gleichzeitig von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden (sog. gemischt genutzte Grundstücke). Die Nutzung einer gemeinsamen Restmülltonne durch die privaten Haushaltungen und die Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen ist auf Antrag möglich.
- (4) Das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen ist durch „Allgemeinverfügung zur Verbrennung von Schlagabraum im Gebiet der Städte Ahaus und Vreden vom 17.09.2007“ geregelt worden.

§ 6 Ausnahmen vom Benutzungszwang

Ein Benutzungszwang nach § 5 besteht nicht,

- soweit Abfälle gemäß § 3 Abs. 1 dieser Satzung von der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung ausgeschlossen sind;
- soweit Abfälle einer Rücknahme- oder Rückgabepflicht aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 25 KrWG unterliegen und die Stadt Ahaus an deren Rücknahme nicht mitwirkt (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 KrWG);
- soweit Abfälle in Wahrnehmung der Produktverantwortung nach § 23 KrWG freiwillig zurückgenommen werden, wenn dem zurücknehmenden Hersteller oder Vertreiber durch die zuständige Behörde ein Freistellungs- oder Feststellungsbescheid nach § 26 Abs. 4 oder Abs. 6 KrWG erteilt worden ist (§ 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KrWG);

- soweit Abfälle zur Verwertung, die nicht gefährlich im Sinne des § 3 Abs. 5 KrWG sind, durch eine nach § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, Satz 2, § 18 KrWG zulässige, gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden;
- soweit Abfälle, die nicht gefährlich im Sinne des § 3 Abs. 5 KrWG sind, durch eine nach § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, Abs. 3, § 18 KrWG zulässige gewerbliche Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden.

§ 7

Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung

- (1) Kein Anschluss- und Benutzungszwang an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung besteht bei Grundstücken, die von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden, soweit der/die Anschluss- und/oder Benutzungspflichtige schlüssig und nachvollziehbar nachweist, dass er/sie nicht nur willens, sondern auch fachlich und technisch in der Lage ist, alle auf dem Grundstück anfallenden kompostierbaren Stoffe ordnungsgemäß und schadlos i.S.d. § 7 Abs. 3 KrWG auf diesem Grundstück selbst so zu behandeln, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere durch Gerüche oder Siedlungsungeziefer (z. B. Ratten), nicht entsteht (Eigenverwertung). Die Stadt Ahaus stellt auf der Grundlage der Darlegungen des/der Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob und inwieweit eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1, 2. Halbsatz KrWG besteht.
- (2) Eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang besteht bei Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z.B. industriell/gewerblich genutzt oder gewerblich genutzt werden, wenn der Abfallerzeuger/Abfallbesitzer nachweist, dass er/sie die bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung in eigenen Anlagen beseitigt (Eigenbeseitigung) und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung der Abfälle zur Beseitigung erfordern. Die Stadt Ahaus stellt auf der Grundlage der Darlegungen der/des Anschluss- und/oder Benutzungspflichtigen fest, ob eine Ausnahme vom Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz KrWG besteht.

§ 8

Entsorgung ausgeschlossener Abfälle/ Selbstbeförderung zu Abfallentsorgungsanlagen

Erzeuger/Besitzer von Abfällen, deren Einsammeln und Befördern durch die Stadt Ahaus gemäß § 3 dieser Satzung ausgeschlossen ist und/oder die nicht in der Anlage 1 aufgeführt sind, sind verpflichtet, diese Abfälle zum Zwecke des Verwertens, Behandeln, Lagerns oder Ablagerns entsprechend dieser Satzung und der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Borken getrennt von den übrigen Abfällen zu halten und den Institutionen bzw. Sammelstellen nach § 2 Abs. 3 ff. zu übergeben und darüber hinaus zu der vom Kreis angegebenen Sammelstelle, Behandlungsanlage oder Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen. Soweit der Kreis das Behandeln, Lagern oder Ablagern dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind die Abfälle zum Zwecke des Behandeln, Lagerns oder Ablagerns zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage oder Einrichtung zu befördern oder befördern zu lassen.

§ 9

Abfallbehälter und Abfallsäcke

- (1) Die Stadt Ahaus bestimmt nach Maßgabe der folgenden Vorschriften Art, Anzahl und Zweck der Abfallbehälter, deren Standplatz für die Entleerung, ob und wie die Abfälle voneinander getrennt zu halten sind sowie die Häufigkeit und den Zeitpunkt der Abfuhr.
- (2) Für das Einsammeln von Abfällen sind folgende Abfallbehälter und Abfallsäcke zugelassen:

- a. blaue Abfallbehälter für Altpapier mit der Gefäßgröße 240 l,
- b. braune Abfallbehälter oder graue Abfallbehälter mit braunem Deckel für Bioabfälle in den Gefäßgrößen 80 l, 120 l und 240l,
- c. graue Abfallbehälter in den Gefäßgrößen 80 l, 120 l, 240 l, sowie 1.100 l Container für Restmüll,
- d. für Restmüllmengen, für die die Restmülltonne vorübergehend nicht ausreicht und die sich zum Einsammeln in Abfallsäcken eignen, können von der Stadt Ahaus gegen Gebühr zugelassene graue 60l-Abfallsäcke vom Bürgerbüro bezogen werden. Sie werden von der Stadt zusammen mit der Restmülltonne eingesammelt.

§ 10

Anzahl und Größe der Abfallbehälter

- (1) Jeder Grundstückseigentümer, der dem Anschluss- und Benutzungszwang (§ 6) unterliegt, hat in jeweils ausreichendem Maße die Aufstellung von Abfallbehältern nach § 9 zu dulden und zwar:
 - a. mindestens einen blauen Abfallbehälter für Altpapier (PPK) in der Größenordnung 240 l, soweit nicht eine Regelung nach § 13 dieser Satzung getroffen worden ist,
 - b. mindestens einen braunen Abfallbehälter oder grauen Abfallbehälter mit braunem Deckel für Bioabfälle in den Gefäßgrößen 80 l, 120 l oder 240 l, soweit nicht eine Regelung nach § 13 getroffen worden ist, und
 - c. mindestens einen grauen Abfallbehälter für Restmüll in den Gefäßgrößen 80 l, 120 l, 240 l oder 1.100 l (Restmüll-Container).
- (2) Wird bei zwei aufeinander folgenden Entleerungsterminen festgestellt, dass die vorhandenen Abfallbehälter für die Aufnahme einer regelmäßig anfallenden Abfallart nicht ausreichen und ist ein zusätzlicher Abfallbehälter oder ein Abfallbehälter mit größerem Fassungsvermögen nicht beantragt worden, so hat der Entsorgungspflichtige die Aufstellung entsprechender Abfallbehälter nach Anhörung durch die Stadt Ahaus zu dulden.
- (3) Für die Abfuhr von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen wird der Behälterbedarf für Abfälle zur Beseitigung nach den Erfordernissen einer geordneten Abfallentsorgung individuell im Sinne der GewAbfV von der Stadt unter Zugrundelegung von betriebspezifischen Größen wie Menge des anfallenden Restmülls, Beschäftigtenzahl, Gewerbeart und Betriebsfläche ermittelt und festgesetzt. Der Anschlusspflichtige erteilt der Stadt hierzu die notwendigen Informationen. Entsprechend gilt die Regelung für Fälle des § 5 Abs. 3.

§ 11

Standplatz und Transportweg für Abfallbehälter

- (1) Die Abfallbehälter und Abfallsäcke sind zu den Abfuhrterminen an die nächstgelegene - für die Sammelfahrzeuge ohne Schwierigkeiten befahrbare - öffentliche - Straße zu stellen. Wegen der Entleerungstechnik hat die Seite der Öffnung der Behälter zur Fahrbahn hin zu zeigen.
- (2) Für die im Außenbereich liegenden Grundstücke kann die Stadt im Einzelfall etwas anderes anordnen, soweit die nächstgelegene öffentliche Straße für das Befahren mit Müllfahrzeugen ungeeignet ist.
- (3) Die Abfallbehälter sind so aufzustellen, dass Verkehrsteilnehmer nicht behindert oder gefährdet werden. Die Gefäße sind nach der Leerung unverzüglich, spätestens aber mit Ablauf des Leerungstages von den öffentlichen Straßen zu entfernen.
- (4) Ist eine öffentliche Straße wegen ihres Straßenzustandes oder aus sonstigen Gründen dauernd oder vorübergehend mit Müllfahrzeugen nicht befahrbar (z.B. Baumaßnahmen),

sind die Abfallbehälter unaufgefordert an einer befahrbaren Straße oder einem befestigten öffentlichen Wirtschaftsweg zur Entleerung abzustellen. Diese Regelung gilt im Außenbereich für öffentliche Wirtschaftswege entsprechend.

§ 12 Benutzung der Abfallbehälter

- (1) Die Abfallbehälter nach § 10 Abs. 1 werden von der Stadt Ahaus gestellt und unterhalten. Sie bleiben Eigentum der Stadt. Die Stadt Ahaus kann die Gefäßgestaltung einem Dritten übertragen. Für die Sauberkeit der Gefäße ist der Grundstückseigentümer verantwortlich.
- (2) Die Abfälle müssen in die von der Stadt Ahaus gestellten Abfallbehälter entsprechend deren Zweckbestimmung eingefüllt werden. Abfälle dürfen nicht in einer anderen Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfallbehälter oder Depotcontainer gelegt werden.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat dafür zu sorgen, dass die Abfallbehälter allen Hausbewohnern zugänglich sind und ordnungsgemäß benutzt werden können und auch benutzt werden.
- (4) Die Abfallbesitzer/-erzeuger haben die Abfälle mit Ausnahme der sperrigen Abfälle nach § 15, der ausgeschlossenen Abfälle nach § 3 und der durch § 6 von der Benutzungspflicht ausgenommenen Abfälle getrennt nach Bioabfällen, Altpapier (PPK) und Restmüll zu halten und wie folgt zur Einsammlung im Rahmen der Abfallentsorgung durch die Stadt Ahaus bereitzustellen:
 - a. Bioabfälle sind in den braunen bzw. grauen Abfallbehälter mit braunem Deckel einzufüllen und zur Abholung bereitzustellen.
 - b. Altpapier (Papier, Pappe und Karton) ist in den blauen Abfallbehälter einzufüllen und zur Abholung bereitzustellen.
 - c. der verbleibende Restmüll ist in die grauen Abfallbehälter oder Restmüll-Container zu verföllen und zur Abholung bereitzustellen.
- (5) Die Abfallbehälter sind schonend zu behandeln. Sie dürfen nur soweit gefüllt werden, dass sich der Deckel schließen lässt. Abfälle dürfen nicht neben die Abfallbehälter geworfen oder daneben gestellt werden. Abfälle dürfen nicht in den Abfallbehälter eingestampft oder in ihnen in einer Art und Weise verdichtet werden, so dass eine Entleerung am Abfallfahrzeug nicht mehr möglich ist, weil der Inhalt nicht mehr geschüttet werden kann und hierdurch der Entleerungsvorgang ausgeschlossen wird. In den Wintermonaten sind die Abfälle frostfrei und schüttfähig zu halten. Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle in Abfallbehälter zu füllen oder Abfälle im Abfallbehälter zu verbrennen. Die Abfallbehälter dürfen das zulässige Gesamtgewicht (240 l-Gefäß = 110 kg, 120 l-Gefäß = 60 kg, 80 l-Gefäß = 50 kg) nicht überschreiten.
- (6) Sperrige Gegenstände, Schnee und Eis sowie Abfälle, welche die Abfallbehälter oder das Sammelfahrzeug beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, dürfen nicht in die Abfallbehälter und Abfallsäcke gefüllt werden.
- (7) Die Haftung für Schäden, die vor allem durch unsachgemäße Behandlung der Abfallbehälter oder durch Einbringen nicht zugelassener Gegenstände an den Sammelfahrzeugen entstehen, richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften.
- (8) Die Stadt Ahaus gibt die Termine für die Einsammlung von Abfällen, die Standorte und Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe und die Standorte der Altglas- und Altkleider-Depotcontainer (Sammelcontainer) über den Abfallkalender rechtzeitig bekannt.
- (9) Zur Vermeidung von Lärmbelästigung dürfen Depotcontainer für Altglas nur werktags in der Zeit von 07.00 Uhr bis 20.00 Uhr benutzt werden.

§ 13

Zulassung einer Entsorgungsgemeinschaft

Auf Antrag der Grundstückseigentümer kann eine Entsorgungsgemeinschaft für zwei unmittelbar benachbarte Grundstücke zugelassen werden. Die in der Entsorgungsgemeinschaft zugelassenen Grundstückseigentümer haften gegenüber der Stadt Ahaus im Hinblick auf die zu zahlenden Abfallentsorgungsgebühr als Gesamtschuldner im Sinne der §§ 421 ff. BGB.

§ 14

Häufigkeit und Zeit der Leerung

- (1) Die blauen Abfallgefäße für Pappe, Papier und Karton werden im 4-Wochen-Rhythmus entleert.
- (2) Für die 1.100 l-Container für Restmüll kann wahlweise 4-wöchentliche, 14-tägige, wöchentliche und zweimal wöchentliche Leerung beantragt werden.
- (3) Die grauen Abfallbehälter für Restmüll und die Restmüllsäcke werden im 4-Wochen-Rhythmus entleert.
- (4) Die braunen Abfallbehälter bzw. die grauen Abfallbehälter mit braunem Deckel für Bioabfälle werden in den Monaten April bis November im 2-Wochen-Rhythmus und in den Monaten Dezember bis März im 4-Wochen-Rhythmus geleert.
- (5) Die Termine für die Leerung der Gefäße und die Einsammlung der Abfallsäcke sowie notwendige Änderungen (z.B. Feiertagsregelung usw.) werden von der Stadt bestimmt und rechtzeitig über den Abfallkalender bzw. die Tagespresse bekannt gegeben.
- (6) Die Abfallentsorgung erfolgt grundsätzlich werktags in der Zeit von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Die Abfallbehälter und Abfallsäcke müssen am Leerungstag bis 06.00 Uhr bereitgestellt werden.

§ 15

Sperrmüllentsorgung und Wertstoffhöfe

- (1) Sperrige von der Stadt Ahaus zugelassene Abfälle von Anschlussberechtigten und anderen Abfallbesitzern im Gebiet der Stadt Ahaus, die im Rahmen der §§ 2 - 3 dieser Satzung wegen ihres Umfangs oder ihres Gewichts nicht in den nach dieser Satzung zugelassenen Abfallbehältern eingefüllt werden können, werden von der Stadt außerhalb der regelmäßigen Abfallentsorgung einmal jährlich zu festen von der Stadt Ahaus vorgegebenen Terminen abgefahren. Die Einzelteile dürfen nicht schwerer als 50 kg sein. Sofern sperrige Abfälle wegen Art, Umfang oder Gewicht nicht von einer Fahrzeugbesatzung verladen werden können, besteht keine Abfuhrpflicht. Die Termine für die Einsammlung der sperrigen Abfälle sowie notwendige Änderungen (z.B. Feiertagsregelung usw.) werden von der Stadt bestimmt und rechtzeitig über den Abfallkalender bekannt gegeben. Die Abfuhr erfolgt an den vorgegebenen Tagen in der Zeit von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Die Abfälle sind bis 06.00 Uhr bereitzustellen. Bezüglich des Bereitstellungsplatzes gilt § 11 dieser Satzung entsprechend.
- (2) Für die in Abs. 1 aufgeführten Abfälle betreibt die Stadt zusätzlich zwei Wertstoff- und Sperrmüllannahmestellen (Wertstoffhöfe). Die Entsorgung des Sperrmülls und der sperrigen Grün- und Gartenabfälle erfolgt hier im Bringsystem. Lage und Öffnungszeiten der Wertstoff- und Sperrmüllannahmestellen und die Annahmebedingungen werden von der Stadt über den Abfallkalender bekannt gegeben. Den Anweisungen des Personals der Wertstoffhöfe ist Folge zu leisten, die Platzordnung mit den Sortiervorgaben ist einzuhalten.

§ 16 Anmeldepflicht

- (1) Der Grundstückseigentümer hat der Stadt Ahaus den erstmaligen Anfall von Abfällen, die voraussichtliche Menge, die Anzahl der auf dem Grundstück wohnenden Personen sowie jede wesentliche Veränderung der anfallenden Abfälle, ihrer Menge oder der auf dem Grundstück wohnenden Personenzahl unverzüglich anzumelden.
- (2) Wechselt der Grundstückseigentümer, so sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer verpflichtet, die Stadt Ahaus unverzüglich zu benachrichtigen.

§ 17 Auskunftspflicht, Betretungsrecht, Duldungspflicht

- (1) Der Grundstückseigentümer, der Nutzungsberechtigte oder der Abfallbesitzer/ Abfallerzeuger sind verpflichtet, über § 16 hinaus alle für die Abfallentsorgung erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Hierzu gehört insbesondere die Mitteilung über die Anzahl der Beschäftigten, ihre Arbeitszeiten, die Anzahl der Gäste, die Anzahl der Betten in Kliniken und Beherbergungsunternehmen.
- (2) Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen, sind nach § 19 Abs. 1 Satz 1 KrWG verpflichtet, das Aufstellen von Abfallgefäßen auf ihrem Grundstück sowie das Betreten des Grundstücks zum Zweck des Einsammelns und zur Überwachung des Getrennthaltens und der Verwertung von Abfällen zu dulden.
- (3) Den Bediensteten und Beauftragten der Stadt Ahaus ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, im Rahmen des § 19 Abs. 1 KrWG ungehinderter Zutritt zu Grundstücken zu gewähren, für die nach dieser Satzung Anschluss- und Benutzungszwang besteht.
- (4) Die Anordnungen der Beauftragten sind zu befolgen.
Die Beauftragten haben sich durch einen von der Stadt Ahaus ausgestellten Dienstaussweis auszuweisen.
- (5) Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz) wird insoweit durch § 19 Abs. 1 Satz 3 KRWG eingeschränkt.

§ 18 Unterbrechung der Abfallentsorgung

- (1) Unterbleibt die der Stadt Ahaus obliegende Abfallentsorgung bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen oder Verspätungen infolge von Betriebsstörungen, Streiks, betriebsnotwendigen Arbeiten oder behördlichen Verfügungen, werden die erforderlichen Maßnahmen so bald wie möglich nachgeholt. Dies gilt auch bei witterungsbedingten Störungen. Hierbei kann die Stadt eine Ausnahme von § 14 Abs. 6 zulassen.
- (2) In Fällen des Absatzes 1 besteht kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren oder auf Schadensersatz.

§ 19 Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung /Anfall der Abfälle

- (1) Die gebührenpflichtige Benutzung der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung beginnt, wenn dem anschluss- und benutzungspflichtigen Grundstückseigentümer ein oder mehrere Abfallgefäße zur Verfügung gestellt worden sind oder ein oder mehrere Abfallgefäße anderweitig vorhanden sind und diese zur Abfallüberlassung bereitgestellt wer-

den und das an die kommunale Abfallentsorgungseinrichtung angeschlossene Grundstück mit Abfallfahrzeugen zur Entleerung dieser Abfallbehältnisse angefahren wird.

- (2) Abfälle gelten zum Einsammeln und Befördern als angefallen, wenn die Voraussetzungen des Abfallbegriffs gemäß § 3 Abs. 1 KrWG erstmals erfüllt sind.
- (3) Die Stadt Ahaus ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen. Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.
- (4) Unbefugten ist nicht gestattet, angefallene und zur Abholung bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen.

§ 20

Abfallentsorgungsgebühren

- (1) Für die Inanspruchnahme der Einrichtungen und Anlagen der Abfallentsorgung erhebt die Stadt zur Deckung der Kosten nach § 6 Abs. 2 KAG Abfallentsorgungsgebühren. Eine gebührenrechtliche Inanspruchnahme liegt grundsätzlich vor, wenn auf der Grundlage des Anschluss- und Benutzungszwanges nach § 5 dem Benutzer auf seinem Grundstück ein oder mehrere Abfallgefäße zur Verfügung gestellt und das Grundstück zur Entleerung der Abfallgefäße turnusmäßig von einem Sammelfahrzeug angefahren wird.
- (2) Gebührenpflichtig sind die Eigentümer der an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücke und der in § 21 genannte Personenkreis. Die Grundstückseigentümer werden jedoch nicht dadurch von der Gebührenpflicht befreit, dass neben ihnen andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind.
- (3) Mehrere Eigentümer und die ihnen nach Abs. 2 Gleichgestellten haften als Gesamtschuldner.
- (4) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Ersten des auf den Anschluss folgenden Monats. Sie endet mit dem Ende des Monats, in dem der Abfallbehälter ordnungsgemäß schriftlich abgemeldet oder eingezogen wird.
- (5) Beim Wechsel in der Person des Eigentümers oder des sonstigen Anschlussberechtigten oder Anschlusspflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Wechsel folgenden Monats auf den neuen Gebührenpflichtigen über.
- (6) Die Höhe der Abfallgebühr richtet sich nach dem Gefäß, und zwar nach der Art des Abfalls, für die das Gefäß bestimmt ist, nach der Größe und der Anzahl der Abfahrten. Die Abfallgebühr beträgt jährlich:
 - a) für die braunen Gefäße oder grauen Gefäße mit braunem Deckel zur Erfassung von organischen Abfällen (Bioabfallgefäß) bei 14-tägiger Leerung in den Monaten April bis November und 4-wöchentlicher Leerung in den Monaten Dezember bis März für einen

80 l-Abfallbehälter.....	49,95 €
120 l-Abfallbehälter.....	62,85 €
240 l-Abfallbehälter.....	101,56 €
 - b) für die grauen Gefäße zur Erfassung von Restmüll (Restmüllgefäße) bei 4-wöchentlicher Leerung für einen

80 l-Abfallbehälter.....	69,84 €
120 l-Abfallbehälter.....	93,19 €
240 l-Abfallbehälter.....	163,23 €
 - c) für die 1.100 l-Container zur Erfassung von Restmüll (Restmüllcontainer)

bei 4-wöchentlicher Leerung.....	664,03 €
bei 14-tägiger Leerung.....	1.257,56 €
bei wöchentlicher Leerung.....	2.444,60 €
bei 2 x wöchentlicher Leerung.....	4.818,71 €

Aufgrund der differenzierten Abrechnung für die Entsorgung von gewerblichen Abfällen aus 1.100 I-Restmüll-Containern durch die Gebührenordnung des Kreises Borken bzw. der Entgeltordnung der EGW mbH verringern sich die Gebührensätze der Stadt Ahaus für die 1.100 I-Container für Abfälle aus gewerblichen Betrieben um 11,66 %.

- (7) Die Gebühr für den Bezug von zugelassenen Restmüllsäcken wird auf 2,00 € je Restmüllsack festgesetzt. Mit dieser Gebühr sind auch die Kosten für Einsammlung, Transport und Beseitigung des Abfalls abgegolten.
- (8) Die Nutzung der Wertstoffhöfe der Stadt Ahaus ist gebührenpflichtig. Für die Anlieferung von Sperrmüll und/oder sperrigen Grün- und Gartenabfällen nach § 15 mit einem Personenkraftwagen, Kombi oder Van wird eine Gebühr von 5,00 €, mit einem PKW bzw. Van plus Anhänger oder einem Kleintransporter 10,00 €, mit einem Klein-LKW 15,00 € erhoben. Für eine 10er Karte für die Anlieferung von Grünschnitt (sperrige Grün- und Gartenabfälle) werden 30,00 € erhoben.
- (9) Für den Tausch von Abfallbehältern wird eine Gebühr je Anfahrt von 10,00 € erhoben. Eine Gebührenpflicht besteht nicht für die erstmalige Bereitstellung der Abfallbehälter und nicht für den Tausch von Behältern aufgrund von Beschädigungen durch das ausführende Entsorgungsunternehmen. Für eine wiederholte Anfahrt zur Entleerung eines Abfallgefäßes aufgrund von Vernachlässigungen des Grundstückseigentümers oder Verstößen gegen das Satzungsrecht wird eine Sondergebühr von 20,00 € erhoben.
- (10) Die Gebührensätze unter Absatz 6 b) und c) stellen Einheitsgebühren dar. Hiermit sind folgende Abfallentsorgungsteilleistungen abgegolten: Gestellung der entsprechenden Abfallgefäße für Restmüll und Altpapier; Einsammlung, Beförderung und Entsorgung des Restmülls; Einsammlung, Beförderung und Verwertung des Altpapiers, soweit diese Kosten durch die Altpapierverkaufserlöse nicht gedeckt sind; Verwertung bzw. Entsorgung von Grün- und Gartenabfällen (außerhalb der Biotonne), Altholz, Altmetallen und sonstigen sperrigen Abfällen (Sperrmüll) aus Haushalt, Haus- und Kleingärten; Inanspruchnahme der Wertstoff- und Sperrmüllannahmestellen, soweit diese Kosten durch die Sondergebühren nicht gedeckt sind; Aufstellen, Unterhalten und Entleeren von Straßenpapierkörben, Einsammlung und Entsorgung von verbotswidrigen Ablagerungen von den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken im Stadtgebiet, Abfallberatung und die Leistungen des Kreises nach § 2 Abs. 4 ff.. Übersteigen die Altpapierverkaufserlöse die Kosten der Altpapierentsorgung, fließen diese Mehreinnahmen in die Einheitsgebührenrechnung ein und wirken sich so positiv auf die Restmüllgebühr aus.
- (11) Die nach Absatz 6 und Absatz 9 zu entrichtenden Gebühren werden von der Stadt durch Gebührenbescheid, der mit dem Bescheid über andere Abgaben verbunden sein kann, festgesetzt. Sie sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zu zahlen; gibt der Gebührenbescheid andere Fälligkeitstermine an, so gelten diese. Die Gebühren nach den Absätzen 7 und 8 sind direkt bei Aushändigung der Abfallsäcke im Bürgerbüro der Stadt Ahaus bzw. bei Anlieferung der Abfälle an den Wertstoffhöfen in bar zu entrichten.

§ 21

Andere Berechtigte und Verpflichtete

Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, Nießbraucher sowie alle

sonstigen zum Besitz eines Grundstücks dinglich Berechtigten. Die Grundstückseigentümer werden von ihren Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihnen andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind.

§ 22 Begriff des Grundstücks

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 23 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Unbeschadet der im Bundes- oder Landesrecht getroffenen Regelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er
 - a) nach § 3 dieser Satzung ausgeschlossene Abfälle der Stadt Ahaus zum Einsammeln oder Befördern überlässt;
 - b) überlassungspflichtige Abfälle der Stadt Ahaus nicht überlässt oder von der Stadt Ahaus bestimmte Abfallbehälter und Abfallsäcke zum Einfüllen von Abfällen nicht benutzt und damit dem Anschluss- und Benutzungszwang in § 5 zuwider handelt;
 - c) den Sortierungs-, Getrennthaltungs- und Übergabepflichten nach §§ 2 und 3 nicht nachkommt;
 - d) für bestimmte Abfälle vorgesehene Behälter oder Abfallsäcke entgegen § 12 Abs. 4 dieser Satzung mit anderen Abfällen füllt;
 - e) Abfallbehälter entgegen den Befüllungsvorgaben in § 12 Abs. 2 , Abs. 4 , Abs. 5 und Abs. 6 dieser Satzung befüllt;
 - f) den erstmaligen Anfall von Abfällen oder wesentliche Veränderungen des Abfalls gemäß § 16 dieser Satzung nicht unverzüglich anmeldet;
 - g) anfallende Abfälle entgegen § 19 Abs. 2 i.V.m. § 19 Abs. 4 dieser Satzung unbefugt durchsucht oder wegnimmt;
 - h) entgegen § 12 Abs. 1 anderweitig besorgte Abfallgefäße benutzt und zur Abholung der Abfälle bereitstellt;
 - i) entgegen § 10 Abs. 2 und 3 eine Duldung der von der Stadt zugeteilten Gefäßgröße nicht hinnimmt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen hierfür eine höhere Geldbuße vorsehen.

§ 24 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2013 in Kraft. Gleichzeitig treten die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Ahaus vom 24.11.2006 und die Gebührensatzung zur Abfallentsorgung in der Stadt Ahaus vom 24.11.2006 außer Kraft.

Anlage 1 zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Ahaus

Folgende Auflistung enthält Abfälle, die nach § 1 Absatz 2 Nr. 1 über die Stadt Ahaus im Rahmen dieser Satzung zu entsorgen sind. (Auflistung der von der Stadt Ahaus zugelassenen Abfälle)

Abfälle für das Altpapiergefäß

(Papier, Pappe, Karton - PPK -)

Hierunter fallen: (Abfallschlüssel-Nr.: 20 01 01)

Zeitungen und Zeitschriften, Kataloge und Prospekte, Papier- und Schreibblöcke, Hefte, Bücher, Aktenordner aus Pappe, Eierkartons, Wellpappe, Packpapier, Briefumschläge, sowie Pappe und Kartons, soweit diese nicht Einweg-Verkaufsverpackungen nach der Verpackungsverordnung sind.

Abfälle für das Bioabfallgefäß

(biologisch abbaubare Küchenabfälle und biologisch abbaubare Abfälle aus Garten- und Parkanlagen)

Hierunter fallen: (Abfallschlüssel-Nr.: 20 01 08 und 20 02 01)

Baumschnitt, Blumen, Blumenerde, Eierschalen, Eier, Essensreste, Federn, Fisch- und Fleischreste, Gemüseabfälle, Haare, Heckenschnitt, Holzwolle, Kaffeefilter, Kleintiermist, Küchenpapiertücher, Laub, Lebensmittelreste, Milcherzeugnisse, Moos, Obstabfälle, Papiertaschentücher, Pflanzen, Rasenschnitt, Salatabfälle, Sägespäne, Sägemehl, Servietten, Teebeutel, Unkraut.

Abfälle für das Restmüllgefäß

(Abfälle, die keiner Wiederverwertung zugeführt werden können.)

Hierunter fallen: (Abfallschlüssel-Nr.: 20 03 01 und 20 03 03)

Abdeckfolien, Asche (kalt), Backpapier, Bürsten, Buntstifte, Cd's, DVD's, Damenbinden, Disketten, Durchschlagpapier, Einmachgläser, Einmalhandschuhe, Einwegrasierer, Feinstrumpfhosen, Fensterglas, Feuerzeuge, Filzstifte, Fotos, Glühbirnen, Gummi, Hygieneartikel, Käämme, Kaffee- und Teekannen, Kaugummi, Kehrricht, Keramik, Kerzenreste, Klebeband, Klebeetiketten, Kondome, Kosmetiktücher, Kugelschreiber, Kunststoffe, Laminat, Leder, Lumpen, Metalle, Musikkassetten, verschmutztes und beschichtetes Papier, Pergamentpapier, Pinsel, Porzellan, Putzlappen, Q-Tips, Rasierklingen, Abfälle aus der Reinigung von Schornsteinen, Seidenstrümpfe, Speiseöl und Speisefette, Spielzeug, Staubsaugerbeutel, Tampons, Tapeten, Taschentücher, Thermoskannen, Tontöpfe, Trinkgläser, Verbandsmaterial, Videokassetten, Vogelsand, Watte, Zahnbürsten, Zigarettenkippen, Zigarettenasche, Windeln, Wundpflaster. Metalle und Metallteile sind hier zugelassen, da die mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) des Kreises über einen Metallabscheider verfügt.

Sperrmüllsammlung und Annahme an den Wertstoffhöfen:

Hierunter fallen:

Möbel und Möbelteile, Matratzen, Sprungrahmen, Fahrräder, Teppiche und Bodenbeläge, Bilder, Wohnungsdekorationen, Kinderwagen, Bügelbretter, Wäscheständer, Blumenkästen, Gartengeräte, Gartenmöbel, Jalousien und Rollos (innen), Kleintierkäfige, Koffer, Leitern, Sportgeräte, große Spielzeugteile, soweit nicht über das Restmüllgefäß entsorgbar.

Grünabfuhr und Annahme von Grünschnitt an den Wertstoffhöfen:

Hierunter fallen:

Baumschnitt, Strauch- und Astwerk aus Gärten und Kleingärten, soweit nicht über das Bioabfallgefäß entsorgbar

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

4 Abwasserbeseitigung

- **Betriebsabrechnungsbogen 2011**

- **Gebührenkalkulation 2013**

- **Änderung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Ahaus vom 18.12.2008**

- **Änderung der Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und**

Kanalanschlussbeiträgen in der Stadt Ahaus vom 18.12.2008

V/2012/0577

Beigeordneter Beckmann weist darauf hin, dass sich die Abwassermenge je Einwohner in den vergangenen Jahren leicht verringert habe, die Gesamtabwassermenge sei aber aufgrund der Bevölkerungszunahme gestiegen. Die Abschreibungen und Zinsbelastungen machen insgesamt zwei Drittel der Kosten für die Abwasserbeseitigung aus. Die steigenden Abwassergebühren seien insgesamt maßgeblich geprägt durch die hohen Investitionen in den vergangenen Jahren, insbesondere auch durch die Erweiterung des Zentralkläwerkes. Im Kreisvergleich liege die Stadt damit zwar leicht oberhalb des Kreisdurchschnittes, jedoch unterhalb des Landesdurchschnittes.

Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) erklärt, dass die auf Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW gewählte Zugrundelegung der kalkulatorischen Wiederbeschaffungskosten für die Abschreibung insgesamt gebührentreibend sei. Dies hätten viele andere Kommunen im Kreis Borken nicht gemacht. Die SPD spreche sich daher für eine Rückkehr zur Abschreibung auf der Basis der Anschaffungskosten aus, um die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu mindern. Der Ansatz des kalkulatorischen Zinssatzes mit 6% sei darüber hinaus bei dem gegenwärtigen Zinsniveau zwar zulässig, aber dennoch insgesamt sehr hoch gewählt. Auch hier habe die Stadt durchaus die Möglichkeit, die Zinsen zu senken. Er rege an, diese beiden Steuerungsinstrumente bewusst für eine Gebührenreduzierung einzusetzen.

Bürgermeister Büter erklärt, dass eine Änderung der Abschreibungsbasis und eine Verringerung der kalkulatorischen Zinsen nicht kostensenkend seien. Die Kosten würden lediglich vom Gebührenhaushalt in den allgemeinen Haushalt verlagert. Bei der Entwicklung des Haushaltes in den vergangenen Jahren und den Erwartungen für die kommenden Jahre könne eine solche Verlagerung möglicherweise auch zu Einschränkungen bei den freiwilligen Leistungen führen. Da sei es vielleicht verursachungsgerechter, die Kosten im Gebührenhaushalt zu belassen.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) fragt nach, wie viele Abnehmer von der Möglichkeit einer Teilgebührenbefreiung oberhalb der Bagatellgrenze auf Grund der Gartenbewässerung oder der Verwendung als Produktionswasser Gebrauch machen. Die Verwaltung kann die exakte Anzahl nicht benennen und sagt eine Nachlieferung der Information in der Niederschrift zu. Danach nehmen gegenwärtig insgesamt 150 Abnehmer diese Möglichkeit in Anspruch.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) spricht sich ausdrücklich für eine möglichst enge verursachergerechte Gebührenbelastung aus. Dies spreche gegen eine künstliche Verlagerung der Kosten vom Gebührenhaushalt in den allgemeinen Haushalt. Eine Kostenverlagerung verschleierte die eigentliche Gebührenbelastung und verliere somit auch ihre Steuerungswirkung auf die Gebührenpflichtigen.

Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) fragt nach, warum die Neufassung des § 7 Abs. 3 der Satzung entgegen der bisherigen Regelung Ausnahmemöglichkeiten für die zu fordernde Abwassereinleitungsqualität vorsehe. Die Verwaltung sagt auch bei dieser Frage eine genaue Beantwortung im Rahmen der Niederschrift zu. Danach kann es für das biochemische

Gleichgewicht einer Kläranlage im Einzelfall nützlich sein, Abwässer, die nach den Anlagen 1 und 2 der Satzung dem Grunde nach nicht einleitungsfähig seien, trotzdem zuzulassen, um damit die Gesamtabwasserqualität zu verbessern.

Der Rat genehmigt den Betriebsabrechnungsbogen 2011, billigt die vorgelegte Gebührekalkulation für die öffentliche Abwasserbeseitigung für das Haushaltsjahr 2013 und beschließt folgende Satzungen:

3. Satzung zur Änderung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Ahaus vom 18.12.2008

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung 14.7.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.12.2011 (GV. NRW. 2011, S. 685), des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.7.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585ff.), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 9 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) sowie der §§ 51ff. des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.6.1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.3.2010 (GV NRW 2010, S. 185ff.), hat der Rat der Stadt Ahaus am 20.11.2012 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Ahaus vom 18.12.2008, zuletzt geändert durch die 2. Satzung vom 15.09.2011 zur Änderung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Ahaus vom 18.12.2008, wird wie folgt geändert:

In § 7 Absatz 3 wird angefügt:

Ausnahmen können auf Antrag unter Verhältnismäßigkeitsgrundsätzen zugelassen werden. Hierbei ist dem Umstand der erhöhten Betriebskosten und dem Auslastungsgrad der Kläranlage Rechnung zu tragen. Die Grundsätze des Umwelt- und Gewässerschutzes sind hierbei zu beachten.

Artikel II

Diese Satzung tritt am 01.01.2013 in Kraft.

5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren und Kanalanschlussbeiträgen in der Stadt Ahaus vom 18.12.2008

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.12.2011 (GV. NRW. 2011, S. 685), der §§ 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NRW. 2011, S. 687) und des § 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.03.2010 (GV. NRW. 2010, S. 185ff.) hat der Rat der Stadt Ahaus in seiner Sitzung am 20.11.2012 die folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung der Stadt Ahaus über die Erhebung von Abwassergebühren und Kanalanschlussbeiträgen in der Stadt Ahaus vom 18.12.2008, zuletzt geändert durch die 4. Satzung vom 01.12.2011 zur Änderung der Satzung der Stadt Ahaus über die Erhebung von Abwassergebühren und Kanalanschlussbeiträgen in der Stadt Ahaus vom 18.12.2008, wird wie folgt geändert:

In § 3 Absatz 3 wird angefügt:

„Ist eine Genehmigung nach § 7 Absatz 7 Satz 2 der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Ahaus für den Niederschlagswasserkanal erteilt, bemisst sich die Niederschlagswassergebühr nach der Kubikmetermenge der Einleitungen in den Niederschlagswasserkanal.“

In § 4 Absatz 1 werden die Sätze 4 und 5 ersatzlos gestrichen.

§ 4 Absatz 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei dem aus der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bezogenen Frischwasser gilt die mit dem Wasserzähler gemessene Wassermenge des vorletzten Kalenderjahres als Verbrauchsmenge.“

§ 4 Absatz 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Bei der Wassermenge aus privaten Wasserversorgungsanlagen (z.B. private oder gewerblich genutzte Brunnen, Regenwassernutzungsanlagen) hat der Gebührenpflichtige den Mengennachweis durch einen auf seine Kosten eingebauten und ordnungsgemäß funktionierenden (geeichten) Wasserzähler zu führen.“

§ 4 Absatz 4 Satz 2 wird ersatzlos gestrichen.

In § 4 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„ Absatz 3 Satz 2 gilt sinngemäß.“

§ 4 Absatz 5 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Von dem Abzug sind Wassermengen bis zu 15 m³ jährlich ausgeschlossen.“

§ 4 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr nach Absatz 1 beträgt je m³ Schmutzwasser jährlich 2,32 €“

§ 4 Absatz 7 wird ersatzlos gestrichen.

In § 5 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Eine Ausnahme hiervon bildet die Regelung nach § 3 Absatz 3 Satz 2 dieser Satzung.“

§ 5 Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„Die Niederschlagswassergebühr beträgt jährlich für jeden Quadratmeter bebauter bzw. überbauter und/oder befestigter Fläche i.S.d. Abs. 1 dieser Satzung 0,36 €, für eine teilversiegelte Fläche i.S.d. Abs. 4 dieser Satzung 0,27 €. Im Falle einer Regelung nach § 3 Absatz 3 Satz 2 dieser Satzung beträgt die Gebühr je Kubikmeter der Einleitung in den Niederschlagswasserkanal 0,44 €“

Artikel II

Diese Satzung tritt am 01.01.2013 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

- 31 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

5 Straßenreinigung

- Betriebsabrechnungsbogen 2011

- Gebührenkalkulation 2013

- Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Ahaus vom 24.11.2006

V/2012/0580

Der Rat genehmigt den Betriebsabrechnungsbogen 2011, billigt die Gebührenkalkulation für die öffentliche Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2013 und beschließt die

5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Ahaus vom 24.11.2006

Aufgrund von § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.12.2011 (GV. NRW. 2011, S. 685), der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG) vom 18.12.1975 (GV. NRW, S. 706), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW. S. 390) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV. NRW, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NRW. 2011, S. 687) hat der Rat der Stadt Ahaus in seiner Sitzung am 20.11.2012 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Ahaus vom 24.11.2006 zuletzt geändert durch 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Ahaus vom 20.10.2010 wird wie folgt geändert:

§ 6 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

“Die Benutzungsgebühr je Frontmeter (Absätze 1 bis 3) beträgt jährlich auf der Grundlage der Reinigungsleistungen nach § 5:

- | | |
|---|---------|
| a) für die im Straßenverzeichnis unter Nr. I. aufgeführten Straßen bei 2 x maschineller und 3 x manueller Straßenreinigung pro Woche einschl. Winterwartung/Winterdienst: | 22,08 € |
| b) für die im Straßenverzeichnis unter Nr. II. aufgeführten Straßen bei 1 x maschineller Straßenreinigung pro Woche einschl. Winterwartung/Winterdienst: | 1,24 € |
| c) für die im Straßenverzeichnis unter Nr. III. aufgeführten Straßen bei 1 x maschineller Straßenreinigung pro Woche einschl. Winterwartung/Winterdienst: | 0,90 € |

- d) für die im Straßenverzeichnis unter Nr. IV. aufgeführten Straßen bei 1 x maschineller Straßenreinigung pro Woche einschl. Winterwartung/Winterdienst:

0,89 €'

Artikel II

Diese Satzung tritt am 01.01.2013 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

6 Gewässerunterhaltung

- Betriebsabrechnungsbogen 2011

- Gebührenkalkulation 2013

- Änderung der Satzung der Stadt Ahaus über die Erhebung von Gebühren für den

Unterhaltungsaufwand der sonstigen Gewässer vom 23.12.1981 V/2012/0579

Bürgermeister Büter erläutert auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Löhring (Bündnis 90/Die Grünen), dass - entsprechend der Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW- die Sätze jährlich um 10% steigend von 2011 bis 2016 angehoben werden. Im Jahr 2013 betrage der Beitragssatz 70%.

Der Rat genehmigt die Betriebsabrechnungsbogen 2011, billigt die vorgelegte Gebührenkalkulation für das Jahr 2013 und beschließt die

19. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Ahaus über die Erhebung von Gebühren für den Unterhaltungsaufwand der sonstigen Gewässer vom 23.12.1981

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.12.2011 (GV. NRW. 2011 S. 685), der §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV. NRW, S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NRW 2011 S. 687) und der §§ 91, 92 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW, S. 926/SGV. NRW. 77), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. März 2010 (GV. NRW. S. 185), hat der Rat der Stadt Ahaus in seiner Sitzung am 22.11.2011 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung der Stadt Ahaus über die Erhebung von Gebühren für den Unterhaltungsaufwand der Sonstigen Gewässer vom 23.12.1981, zuletzt geändert durch die 18. Satzung vom 01.12.2011 zur Änderung der Satzung der Stadt Ahaus über die Erhebung von Gebühren für den Unterhaltungsaufwand der Sonstigen Gewässer vom 23.12.1981, wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende Fassung:

Die Stadt Ahaus legt nach § 92 Abs.1 LWG NRW die umlagefähigen Beiträge der Wasser- und Bodenverbände und sonstige Kosten für die Unterhaltung der sonstigen Gewässer zu einem Anteil von 70% als Gebühren gemäß §§ 6 und 7 KAG auf die Gebührenpflichtigen des jeweiligen Verbandsgebietes um.

2. § 5 erhält folgende Fassung:

“Die jährliche Gebühr beträgt pro Hektar für Grundstücke im Bereich des Wasser- und Bodenverbandes

1. Untere Aa / Wittes Venn

für unbebaute Grundstücke 17,72 €

für bebaute Grundstücke 35,44 €

2. Mittleres Aagebiet

für unbebaute Grundstücke 12,66 €

für bebaute Grundstücke 25,32 €

3. Oberes Aagebiet

für unbebaute Grundstücke 15,56 €

für bebaute Grundstücke 31,12 €

4. Amtsvenn

für unbebaute Grundstücke 16,34 €

für bebaute Grundstücke 32,68 €

5. Unteres Berkelgebiet

für unbebaute Grundstücke 16,93 €

für bebaute Grundstücke 33,86 €

6. Oberes Berkelgebiet

für unbebaute Grundstücke 10,60 €

für bebaute Grundstücke 21,20 €

7. Flörbachgebiet

für unbebaute Grundstücke 11,60 €

für bebaute Grundstücke 23,20 €

8. Ölbachgebiet

für unbebaute Grundstücke 14,10 €

für bebaute Grundstücke 28,20 €

Die Gebühr wird nur dann festgesetzt, wenn sie für den Gebührenpflichtigen insgesamt 3,00 € übersteigt (Geringfügigkeitsgrenze).“

Artikel II

Diese Satzung tritt am 01.01.2013 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Beigeordneter Beckmann erläutert die wesentlichen Inhalte des Energieberichtes 2011. Im Ergebnis konnten die Heizenergiekosten im letzten Jahr gegenüber den Vorjahren deutlich reduziert werden. Das liege nicht unerheblich an den Einsparungen durch die neue Hack-

schnitzelheizung am Baubetriebshof, wodurch auch eine spürbare Verringerung der CO²-Emission erzielt werden konnte. Diese Ergebnisse seien für die Verwaltung auch Veranlassung, bei weiteren großen städtischen Liegenschaften über den Einsatz einer Hackschnitzelheizung nachzudenken. Im nächsten Jahr werde deren Wirtschaftlichkeit für den Einsatz im Schulzentrum Vestert geprüft.

Die Stromverbräuche haben sich in 2011 geringfügig verringert. Die nur leichte Verringerung trotz intensiver Investitionen zur Verringerung des Stromverbrauches sei auf den zunehmenden Ganztagsbetrieb in allen Schulsystemen, den zusätzlichen Kindertagesstätten, damit verbundenen zusätzlichen Bewirtschaftungsflächen und der intensiveren EDV-Nutzung im Rahmen des Unterrichts zurückzuführen.

Der Wasserverbrauch habe sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Auffällig sei insbesondere ein deutlicher Anstieg in der Gruppe (Rathaus, Bauhof, Feuerwehr, Stadthalle). Ein wesentlicher Grund liege nach den noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen der Verwaltung in den hohen Verdunstungsmengen und Wasserabgängen des Springbrunnenfeldes vor dem Rathaus.

Insgesamt hätten sich die städtischen CO²-Emissionen im letzten Jahr erfreulicherweise deutlich reduziert. Dies sei auch ein Verdienst der konsequenten Arbeit der letzten Jahre im Energiemanagement des Fachbereiches Immobilienwirtschaft. Dennoch sei es auch vor dem Hintergrund der stark steigenden Energiekosten unverzichtbar, intensiv und konsequent nach weiteren Einsparpotentialen zu suchen.

Dies gelte auch für die Heizungsanlage der Turnhalle der Aabachschule, bei der nach Aussage von Ratsfrau Schulte (UWG-Fraktion) aufgrund des hohen Alters Optimierungen möglich sein dürften.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Ruwe (UWG-Fraktion) sichert Bürgermeister Büter weiterhin zu, bei zukünftigen Energieberichten ergänzende Informationen zum Energieverbrauch der Straßenbeleuchtung und der Ampelanlagen zu geben.

Der Rat der Stadt Ahaus nimmt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr den Energiebericht 2011 zur Kenntnis.

Nach Abschluss der nicht-öffentlichen Sitzung eröffnet Bürgermeister Büter erneut die öffentliche Sitzung. Nach den Mitteilungen der Verwaltung beantwortet sie folgende Fragen der Ratsmitglieder:

- Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) berichtet, dass der nicht mehr anwesende Fraktionsvorsitzende Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) unmittelbar nach der Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 4.1 „Umbenennung von Straßennamen“ in der vergangenen öffentlichen Sitzung des Rates am 25. Oktober 2012 Ratsfrau Gottheil (FDP-Fraktion) und ihn angesprochen und gesagt habe, „... dann könnt ihr auch gleich die Bahnhofstraße wieder in Adolf-Hitler-Straße umbenennen“.

Er habe dann dem Rats Herrn Eisele (Bündnis 90/Die Grünen) nach der Sitzung erklärt, dass er von Herrn Löhring eine Entschuldigung für diese Äußerung erwarte, ansonsten werde er den Sachverhalt in der nachfolgenden Ratssitzung zur Sprache bringen. Da eine Entschuldigung bislang unterblieben sei, fragt er den Bürgermeister, ob es nachträglich eine Rügemöglichkeit für diese Äußerung gebe.

Bürgermeister Büter erläutert, dass Ordnungsmaßnahmen aufgrund eines nachweislich ungebührlichen Verhaltens grundsätzlich nur in der betreffenden Sitzung möglich seien. Eine nachträgliche Rüge sei hier somit nicht mehr möglich. Auf Anregung des Fraktionsvorsitzenden Dönnebrink (SPD-Fraktion) wird einstimmig beschlossen, dem

Fraktionsvorsitzenden Löhring schriftlich und von allen übrigen Fraktionen unterzeichnet mitzuteilen, dass der Rat ein solches Verhalten nicht dulde.

- Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) zur landwirtschaftlichen Inanspruchnahme der Randgrünstreifen und Wegeseitengräben entlang der Wirtschaftswege und zur Mitarbeiterzahl im Rathaus.
- Ratsfrau Lange-Röttger (UWG-Fraktion) zum Abriss des ehemaligen Hallenbades
- Fraktionsvorsitzender Haveloh (WGW-Fraktion) zu den personalrechtlichen Problemen im Bereich der Feuerwachen im Kreis Borken

Felix Büter
(Vorsitzender)

Werner Leuker
(Schriftführer)